

Worin bestehen die Schwierigkeiten infolge der Spaltung Deutschlands?

Erstens darin, daß die in Ostdeutschland liquidierte Klasse der Großkapitalisten und Gutsbesitzer in Westdeutschland nicht nur herrscht, sondern das Steuer der Staatsmacht in ihren Händen hält und eine aktive Unterstützung von seiten der amerikanischen Imperialisten genießt. Die westdeutschen Monopolkapitalisten und Gutsbesitzer sowie die aus der DDR nach Westdeutschland geflohenen Ausbeuter und ihre Söldlinge haben umfangreiche Möglichkeiten der Durchführung ihrer Unterwühlungstätigkeit in der Deutschen Demokratischen Republik, wobei sie sich in erster Linie auf Westberlin stützen. Es ist allen bekannt, daß das eine wichtige Rolle während der Ereignisse des 17. Juni gespielt hat. Es ist bezeichnend, daß in einigen Betrieben, so z. B. in den Leuna-Werken, von einigen Vertretern der technischen Intelligenz die Forderungen der Herren des IG.-Farbenkonzerns vertreten wurden. Natürlich, wenn in ganz Deutschland die Großbourgeoisie und die Gutsbesitzer liquidiert wären und ihre Vertreter irgendwo auf den Hinterhöfen von Paris, London, Washington oder Rio de Janeiro kampfieren müßten, so hätten wir bedeutend weniger Schwierigkeiten in unserer Aufbauarbeit. Da es sich nun einmal historisch andeins ergeben hat, so müssen wir damit rechnen, daß sich in Zukunft der Klassenkampf der Ausbeuter gegen die Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik weiter verschärfen wird. Diese Tatsache müssen wir beantworten mit einer Erhöhung der Wachsamkeit, mit der Vertiefung der politischen Arbeit unter den Massen der Werktätigen sowie mit der Stärkung der Macht unseres gegen die Ausbeuter gerichteten Arbeiter- und Bauernstaates und mit der Festigung der Verbindungen der staatlichen Organe zu der arbeitenden Bevölkerung der Republik.

Zweitens müssen wir in unserem Streben nach der Vereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage in unserer gesamten politischen Tätigkeit solche Losungen aufstellen und solche Maßnahmen planen, die nicht nur den Werktätigen Ostdeutschlands, sondern auch den Werktätigen Westdeutschlands verständlich sind und die es ermöglichen, die überwiegende Mehrheit des werktätigen Volkes um die DDR zu scharen. Deshalb brauchen wir kein Reklamegeschrei über den Sozialismus, sondern eine völlig konkrete und für jeden ehrlichen Menschen fühlbare Verbesserung der Arbeit aller unserer Organe und Institutionen, aller Organisationen und Betriebe, die irgendein Verhältnis zur Befriedigung der Bedürfnisse der Werktätigen haben. In erster Linie ist es notwendig, die Bedürfnisse der Arbeiter und ihrer Familienangehörigen zu befriedigen. Das bedeutet, daß wir uns mehr denn je um die Verbesserung der Arbeit unserer Schulen, der Lehranstalten, um die bestmögliche Arbeit unserer Sanatorien und Ferienheime, um den gut organisierten Handel mit Massenbedarfsgütern, um die Erhöhung des Reallohnes der Arbeiter usw. sorgen müssen. Das alles brauchen wir nicht zu Zwecken der Prahlerei, sondern deshalb, weil wir wahrhaft eine Regierung der Arbeiter und Bauern, eine Regierung der deutschen Patrioten sind, die eine Vereinigung ihrer Heimat auf der Grundlage des Friedens und der Demokratie ersehnen.

Drittens führt die Spaltung unseres Landes in zwei Teile bekanntlich zu zusätzlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten für die DDR (aber auch für Westdeutschland). Die deutsche Industrie, das Verkehrswesen, die Landwirtschaft und die deutsche Wirtschaft überhaupt haben sich im Laufe des letzten Jahrhunderts als ein einheitliches Ganzes entwickelt. Zwischen den westlichen und östlichen, nördlichen und südlichen Gebieten und Ländern unserer Heimat hat sich eine gewisse Arbeitsteilung und wirtschaftliche Kooperation herausgebildet. Die Störung dieser Arbeitsteilung, die Unterbrechung dieser Zusammenarbeit infolge der Spaltung Deutschlands und des Verbots des innerdeutschen Handels durch die Regierung Adenauer und die Amerikaner haben ernsthafte wirtschaftliche Disproportionen im Lande hervorgerufen. Fast die ganze Hüttenindustrie ist in Westdeutschland geblieben, so daß unser Maschinenbau vom Metallimport abhängig geworden ist. Das drängte uns zum Aufbau des kostspieligen Eisenhüttenkombinats „J. W. Stalin“ sowie einer Reihe anderer Werke.

Unsere Freunde in Moskau haben uns versichert, daß die DDR von der Familie der anderen befreundeten Staaten in Zukunft die erforderliche Hilfe an Metall und an anderen Arten von Rohstoffen und Fabrikaten erhalten wird, so daß ein solch übertriebener Ausbau der Schwerindustrie wie bisher nicht mehr notwendig ist. Mit dem Übergang zum neuen Kurs beschreiten wir deshalb die Linie der weiteren Entfaltung neuer Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der Außenwelt und vor allem mit der Sowjetunion und den Ländern der Volkdemokratie, aber auch mit anderen Ländern.

#### **Um die Gewinnung der ganzen Arbeiterklasse**

Um die Durchführung des neuen Kurses zu gewährleisten und die aufgezeigten Mängel und Schwächen rasch zu überwinden, ist es die Hauptaufgabe der Partei, die politische Massenarbeit zu entfalten, vor allem in der Arbeiterklasse. Die wirtschaftlichen Fortschritte können sich nur dann auswirken, wenn sie durch die politische Massenarbeit gesichert werden. Wir müssen davon ausgehen, daß die westlichen Konzernherren, Bankherren und Großgrundbesitzer und ihre Helfer sich nach wie vor bemühen, ständig auf die Arbeiterklasse und die übrige Bevölkerung der DDR einzuwirken, und daß sie alles tun, um durch die Organisierung von Sabotagetätigkeit und Bürgerkriegsmaßnahmen den Aufbau des Sozialismus zu stören.

Innerhalb der Partei ist es notwendig, die breiteste Entfaltung der innerparteilichen Demokratie zu erreichen. Besonders auf Grund der Lehren des 17. Juni ist die offene Selbstkritik und die Kritik von unten nach oben zu entfalten. Die parteilosen Arbeiter, die bei den letzten Ereignissen tapfer gegen die Provokateure gekämpft haben, sind zu den Versammlungen der Belegschaftsaktivs heranzuziehen. Auf ihre Meinung und Kritik legen wir besonderen Wert.

In den Mitgliederversammlungen muß die Diskussion über die Hauptfragen der Politik der Partei und die Arbeit der Parteiorgane gewährleistet werden. Das bedeutet jedoch keine Freiheit für feindliche Propaganda oder für die Untergrabung der Parteidisziplin.